



Inhalt

1. Der Digitale Euro ist eine potenzielle Gefahr für die Freiheit 2
2. Stiftungsfinanzierung - ein dreister Griff in die Steuerkasse 3
3. AfD fordert Rückkehr zur Atomkraft 3
4. Der Islam gehört nicht zu Deutschland 4
5. Ampel und Bürokratieabbau passt einfach nicht zusammen 5
6. Drucksachen der AfD-Fraktion 6

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Der Digitale Euro ist eine potenzielle Gefahr für die Freiheit

Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern. Nicht weniger fordert die AfD seit Jahren im Deutschen Bundestag. Nun wird es ernst.

Die EU-Kommission hat am 28. Juni 2023 einen Gesetzentwurf zur Einführung des digitalen Euro vorgestellt. Liest man sich die Pläne genauer durch, wachsen die Befürchtungen, dass sich der geplante digitale Euro zunehmend zum einzigen Zahlungsmittel entwickeln und das Bargeld sukzessive ganz abgeschafft werden könnte. Es ist sicher kein Zufall, dass etliche Banken das Geldabheben immer schwerer machen.

Die AfD stellt sich als einzige Partei dieser Entwicklung klar entgegen.

Jörn König erklärt: „Ich habe schon etliche Anträge zur Positionierung gegen den digitalen Euro gestellt und wir wollen sogar, dass eine solche Einführung an die Durchführung einer Volksabstimmung auf Bundesebene geknüpft ist. Es kann doch nicht sein, dass alle anderen Parteien den digitalen Euro ohne jegliche parlamentarische Kontrolle durch die EZB einführen lassen wollen. Das deutsche Volk wird mal wieder außen vorgelassen und wir müssen uns dann mit den mit Sicherheit mit den daraus resultierenden Repressalien herumschlagen. Ein zentralistischer Digitaleuro ist der feuchte Traum der sozialistischen Elite. Wir müssen mit aller Kraft dagegen vorgehen. Denn Bargeld ist gedruckte Freiheit.“

Der Digitaleuro ist aus Sicht der AfD ein weiter Schritt in Richtung Virtualisierung des Geldes. Zusammen mit der EU-ID, einer möglichen Programmierbarkeit des Digitaleuros und einem Social-Credit-System von dem vor allem einige Grüne träumen, können Horrorvisionen wahr werden:

Die Behörden könnten begrenzen wo, wann und was man damit bezahlen darf, jede Transaktion beobachten und aufzeichnen, Kontos mit einem CO₂-Verbrauch und einem Social-Credit-Score verknüpfen oder das Konto komplett einfrieren. Ein Blick in die Anträge von Jörn König lohnt sich:

Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009144.pdf>

Bargeld ist gedruckte Freiheit – Vorhaben der Europäischen Zentralbank für digitales Zentralbankgeld in der jetzigen Form stoppen

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002359.pdf>

Misstrauen gegen die Politik der Europäischen Zentralbank – Keinen zentralen Digitaleuro

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002357.pdf>

Große Anfrage Tokenisierung des Geldes – Chancen und Risiken

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005953.pdf>

2. Stiftungsfinanzierung - ein dreister Griff in die Steuerkasse

Parteinahе Stiftungen können einen wichtigen Beitrag für die politische Bildungsarbeit leisten. Sie stärken demokratische Strukturen und stützen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Allerdings sind die parteinahen Stiftungen keine staatlichen Institutionen und mit keinen hoheitlichen Aufgaben betraut, sie werden in der Verfassung nicht erwähnt. Sie können allerdings auch zum dreisten Griff in die Steuerkasse missbraucht werden. Die finanziellen Mittel in Höhe von 700 Millionen Euro sind sehr üppig, mit denen die 6 Stiftungen ausgestattet sind.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil nach Klage der AfD die bisherige Praxis und insbesondere den Ausschluss der AfD-Stiftung als verfassungswidrig erklärt und ein Gesetz zur Regelung vom Gesetzgeber gefordert. Ebendieses Gesetz wurde am heutigen Freitag mit einer breiten Mehrheit gegen die Stimmen der AfD im Bundestag beschlossen, welches zum Ziel hat, die AfD-Stiftung auch in Zukunft von der Finanzierung auszuschließen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat dazu einen eigenen Antrag gestellt, der den Mittelzufluss an einen zweimaligen Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke zu koppeln.

Jörn König kritisiert: „Dass die Ampelkoalition eine Koalition der Rechtsbrüche ist, wissen wir schon lange. Aber wie stur sich die alten Parteien vom Rechtsstaatsprinzip verabschieden, ist schon erschreckend. Nun schreibt man also in ein Gesetz rein, dass die Mittel für politische Stiftungen nur fließen können, wenn eine Stiftung Gewähr bietet, für die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung aktiv einzutreten. Wir werden in Zukunft also jedes Jahr bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes neue Rechtsbrüche erleben, weil die Demokratiefeinde einfach sagen werden, dass unsere Stiftung dies nicht gewährleisten kann. So etwas passiert, wenn der Bock zum Gärtner gemacht wird.“

3. AfD fordert Rückkehr zur Atomkraft

Die AfD-Fraktion fordert in zwei Anträgen und einem Gesetzentwurf den Rückbau der abgeschalteten Atomkraftwerke zu stoppen. Mit einer Änderung des Atomgesetzes sollen die drei AKW Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2, deren Betriebsgenehmigung am 15. April erloschen ist, betriebsbereit gehalten werden.

In Deutschland ist eine drohende Strommangellage seit dem sinnlosen Atomausstieg eine reale Gefahr. Insbesondere im Winter kann und sollte Deutschland nicht auf Atomkraftwerke verzichten. Die Bundesregierung müsse vielmehr dafür sorgen, dass die Betriebsbereitschaft dieser Anlagen unter Zusage von entschädigungsbewehrt garantierten Mindestlaufzeiten von 40 Jahren gewährleistet werden kann. Dazu soll sie auch die AKW-Betreiber bei der Beschaffung von Brennstoff unterstützen.

Jörn König dazu: „Wer jetzt tatsächlich denkt, dass in Deutschland Atomkraftwerke wegen Sicherheitsbedenken oder sonst irgendwelchen realen Gründen abgeschaltet worden sind, der lässt sich einen Bären aufbinden. Es handelt sich um pure, deutschlandfeindliche Ideologie. Unsere Kraftwerke gehören zu den sichersten weltweit. Überall auf der Welt haben Kernkraftwerke Hochkonjunktur. Die EU klassifiziert Strom aus Atomkraftwerken zurecht als grüne Energie und neue, sichere Reaktortypen sind bereits im Prototyp-Stadium. Nur Deutschland zersägt sich diesen wichtigen Ast, auf dem es sitzt selbst. Aber wer sich diese wirtschaftsfeindliche Politik genauer anschaut der versteht, dass das auch das eigentliche Ziel der Sache ist. Schließlich korreliert der Stromverbrauch einer Nation mit seinem Energieverbrauch. Wer mal so an die Sache herangeht, erkennt wahrscheinlich viel früher, dass man mit dieser Politik einfach die Stellung Deutschlands in der Welt schwächen will. Wer eine sichere Energieversorgung will, muss alternativ wählen.“

4. Der Islam gehört nicht zu Deutschland

Am Jahrestag der Pogrome im November 1938 fand eine Gedenkstunde im Deutschen Bundestag statt, bei auch über den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland debattiert wurde. Kurz nach dem Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel, bei dem wohlgermerkt auch arabische Israelis ermordet wurden, ist das Thema wahrscheinlich so präsent wie lange nicht mehr in der deutschen Gesellschaft. Zwar wird von Politikern gerne gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehöre und gerne regelmäßig das Brandenburger Tor in den Farben der israelischen Flagge angestrahlt, aber Taten folgen selten.

Jörn König meint: „Dass der Grund für die Gefährdung jüdischen Lebens in Deutschland in der ungebremsten Zuwanderung aus muslimischen Ländern zu suchen ist, wird von den Altparteien gerne verschwiegen. Sind sie doch verantwortlich dafür, dass Antisemitismus durch ihre Politik auf die deutschen Straßen getragen wird. In vielen dieser Länder gehört auch Christenverfolgung zum Alltag. Für Deutschland sollten die jüngsten Entwicklungen ein Weckruf sein. Spätestens jetzt kann keiner mehr sagen, dass er nicht wusste, wer da alles in unser Land kommt. Mit der AfD an der Regierung, würden in Deutschland keine Straßenschlachten von Hamas-freundlichen Muslimen von der Polizei verloren werden, die völlig unbehelligt das Kalifat ausrufen.“

5. Ampel und Bürokratieabbau passt einfach nicht zusammen

Bürokratieabbau ist ein beliebtes Schlagwort bei Politikern. Häufig verbirgt sich hinter entsprechenden Bemühungen jedoch eine Mogelpackung und obwohl Bürgern und Unternehmen seit Jahren versprochen wird die Bürokratie zurückzufahren, gelingt das im besten Fall nicht und im schlechteren Fall wird das Gegenteil bewirkt. Dem gesunden Menschenverstand ist schwer zu vermitteln, warum man für den Bürokratieabbau unbedingt ein Bürokratieentlastungsgesetz benötigt. Den Verwaltungsaufwand bekommen insbesondere Unternehmen zu spüren, was nicht gerade zur Attraktivität Deutschland für die Wirtschaft beiträgt.

Gerade im Bereich Energie kritisiert die AfD-Bundestagsfraktion die ausufernde Bürokratie und fordert die Außerkraftsetzung des Gebäudeenergiegesetzes, um insbesondere Unternehmen vor den verpflichtenden Beratungsgesprächen und unverhältnismäßigen Vorschriften bei der Instandhaltung und beim Bau von Gebäuden zu bewahren. Auch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ist letztlich eine Schikane für kleine und mittlere Unternehmen, die häufig Zulieferer von größeren Konzernen sind, sich aber keine hausinterne Rechtsabteilung leisten können. Neben den genannten gibt es noch eine ganze Reihe von Gesetzen, die auf den Prüfstand gehören, wenn man es denn ernst nimmt mit dem Bürokratieabbau.

Jörn König meint: „Im Jahr 2021 betrugen die Bürokratiekosten für Unternehmen noch 51 Milliarden Euro. Unter der Ampel-Regierung ist der Bürokratiekostenindex noch weiter angestiegen. Nicht nur die hohen Energiekosten, sondern auch der übergriffige Staat sorgen dafür, dass deutschen Unternehmen die Luft zum Atmen fehlt und sich immer mehr dafür entscheiden ins Ausland abzuwandern oder schon im Vorherein im Ausland zu gründen. Auch hier ist die AfD die einzige parlamentarische Alternative und setzt sich für grundlegende Reformen z.B. auch im Bereich Steuern und Verwaltung ein.“

6. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/8747 [Drucksache als PDF](#) Kriminalitätsfelder in Bezug auf Flughäfen im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei in den Jahren von 2019 bis zum ersten Halbjahr 2023 zum Stichtag 30. Juni 2023 -20/8381-
- 20/8749 [Drucksache als PDF](#) Korrekturbitten des Militärischen Abschirmdienstes im ersten Kalendervierteljahr 2022 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472) -20/8494-
- 20/8751 [Drucksache als PDF](#) Korrekturbitten des Bundesministeriums für Gesundheit im ersten Kalendervierteljahr 2022 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472) -20/8491-
- 20/8752 [Drucksache als PDF](#) Aufwand und Ertrag des G-20-Tourismusministertreffens in Goa (Indien) aus deutscher Sicht -20/8498-
- 20/8753 [Drucksache als PDF](#) Korrekturbitten des Bundesamtes für Verfassungsschutz im ersten Kalendervierteljahr 2022 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472) -20/8492-
- 20/8754 [Drucksache als PDF](#) Maßnahmen und Fördermitteleinsatz für Frauenquoten, Gleichstellung und Diversity an Hochschulen im Rahmen von Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern -20/8519-
- 20/8757 [Drucksache als PDF](#) Korrekturbitten der Bundeszentrale für politische Bildung im ersten Kalendervierteljahr 2022 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7472) -20/8497-
- 20/8845 [Drucksache als PDF](#) Potentielle Medienbeeinflussung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz
- 20/8848 [Drucksache als PDF](#) Inanspruchnahme des helpukraine-Tickets
- 20/8849 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Demokratischen Volksrepublik Algerien
- 20/8850 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Benin
- 20/8851 [Drucksache als PDF](#) Vorhaben im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Zusammenhang mit der Förderung von Inklusion von LSBTI-Personen und Menschen mit Behinderungen
- 20/8823 [Drucksache als PDF](#) Zusätzliche Hürden bei der Zeitenwende der Bundeswehr -20/8255-
- 20/8824 [Drucksache als PDF](#) Bundesausgaben für Deutsche in Mittel-Ost-Europa und den Nachfolgestaaten der UdSSR von 2019 bis 2024 -20/8275-
- 20/8831 [Drucksache als PDF](#) Zur Lage in Berg-Karabach unter besonderer Berücksichtigung des Latschin- Korridors -20/8440-

- 20/8884 [Drucksache als PDF](#) Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Ausgaben der Bundesregierung für Fotografen und Kosmetiker – nachgefragt“ auf Bundestagsdrucksache 20/7988
- 20/8890 [Drucksache als PDF](#) Umsetzbarkeit und Zielorientierung der Chinastrategie der Bundesregierung
- 20/8960 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Stellvertreters der Präsidentin
- 20/8961 [Drucksache als PDF](#) Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums gemäß Artikel 45d des Grundgesetzes
- 20/8837 [Drucksache als PDF](#) Personalmangel in der Justiz -20/8584-
- 20/8838 [Drucksache als PDF](#) Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/7884) -20/8598-
- 20/8853 [Drucksache als PDF](#) Verbindlichkeit des Grundgesetzes bei WHO-Pandemieabkommen und Internationalen Gesundheitsvorschriften -20/8613-
- 20/8925 [Drucksache als PDF](#) Auswirkung der illegalen Ausstellung von Visa durch polnische Behörden auf Deutschland
- 20/8926 [Drucksache als PDF](#) Lobbyorganisationen und Einzelpersonen beim Auswärtigen Amt - V
- 20/8927 [Drucksache als PDF](#) Möglicher Insektenrückgang in der Agrarlandschaft
- 20/8928 [Drucksache als PDF](#) Bedrohungspotential für die innere Sicherheit in Deutschland durch Palästinenser-Organisationen
- 20/8929 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des US-amerikanischen Chipherstellers Intel in Sachsen-Anhalt und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland
- 20/8947 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Côte d'Ivoire
- 20/8948 [Drucksache als PDF](#) Hamas-Angriffe in Israel und die Aktivitäten der Hamas in Deutschland
- 20/8951 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Republik Burkina Faso
- 20/8957 [Drucksache als PDF](#) Auswirkungen des Ukrainekriegs auf Agrarimporte aus der Ukraine und Russland
- 20/8963 [Drucksache als PDF](#) Finanzhilfen für den Gazastreifen bis Oktober 2023 (Stichtag 15. Oktober 2023)
- 20/8933 [Drucksache als PDF](#) Zugelassene Impfstoffe und die wesentlichen der Zulassung zugrunde liegenden Studien sowie Daten zu Nebenwirkungen und Sterbefällen - 20/8585-

- 20/8936 [Drucksache als PDF](#) Milliardeninvestition des taiwanesischen Chipherstellers TSMC in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8618-
- 20/8942 [Drucksache als PDF](#) Zuschüsse für Investitionen zum modellhaften Umbau von Industriedenkmalern -20/8640-
- 20/8941 [Drucksache als PDF](#) Schwere Ausschreitungen in Stuttgart auf einer Veranstaltung eines regierungsnahen eritreischen Vereins -20/8504-
- 20/8945 [Drucksache als PDF](#) Reform der Konzernstruktur der Deutsche Bahn Aktiengesellschaft -20/8250-
- 20/8985 [Drucksache als PDF](#) Ausgaben und Definition der Bundesregierungen für den sogenannten Kampf gegen rechts
- 20/8986 [Drucksache als PDF](#) Aktuelle Perspektiven für den deutschen Wassertourismus
- 20/8967 [Drucksache als PDF](#) Familien im Leistungsbezug -20/8444-
- 20/8976 [Drucksache als PDF](#) Initiative „Vielfalt an deutschen Hochschulen“ -20/8643-
- 20/8999 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des deutschen Chipherstellers Infineon in Sachsen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland
- 20/9003 [Drucksache als PDF](#) Die Erforschung struktureller Probleme des sogenannten Patriarchats und deren empirische Gehalte -20/6867-
- 20/8968 [Drucksache als PDF](#) Fragen zur Rolle der Bundespolizei bei der Bewältigung der Migrationskrise – Stand: Ende August 2023 -20/8499-
- 20/9009 [Drucksache als PDF](#) Digitalisierungsvorhaben im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- 20/9012 [Drucksache als PDF](#) Fördermöglichkeiten und Maßnahmen im SGB II
- 20/9007 [Drucksache als PDF](#) Mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Visavergabe -20/8582-
- 20/9008 [Drucksache als PDF](#) Zur angekündigten dauerhaften Stationierung einer Brigade der deutschen Bundeswehr in Litauen zur Sicherung der sogenannten NATO-Ostflanke -20/8443-
- 20/9036 [Drucksache als PDF](#) Datengrundlage für Maßnahmen zur Kontrolle der Ausbreitung von SARS-CoV-2 (COVID-19) -20/6750-
- 20/9034 [Drucksache als PDF](#) Fachkräftemangel in der Landwirtschaft
- 20/9035 [Drucksache als PDF](#) Anzahl von Ausländern und ausländischen Kindern in Deutschland
- 20/9051 [Drucksache als PDF](#) Anschreiben an Landtagsabgeordnete im Rahmen eines Forschungsvorhabens
- 20/9015 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien -20/8792-

- 20/9018 [Drucksache als PDF](#) Deutsche Pflichtbeiträge an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und mögliche Konsequenzen aus deren Verwendung -20/8770-
- 20/9021 [Drucksache als PDF](#) Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Arabischen Republik Ägypten -20/8807-
- 20/9022 [Drucksache als PDF](#) Erwerbstätigkeit und Renten bei Aussiedlern und Spätaussiedlern -20/8142-
- 20/9032 [Drucksache als PDF](#) Arbeit und juristische Bewertungen einzelner Beiträge in den sozialen Netzen durch die Bundesregierung in Gestalt der Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet im Bundeskriminalamt -20/8815-
- 20/9033 [Drucksache als PDF](#) Kontaminationen des COVID-19-Impfstoffs Comirnaty mit Desoxyribonukleinsäure -20/8771-
- 20/9064 [Drucksache als PDF](#) Finanzhilfen für das Westjordanland (PLO) bis November 2023 (Stichtag 1. November 2023)
- 20/9065 [Drucksache als PDF](#) Unterstützer der Terror-Organisation Hamas in Deutschland
- 20/9144 [Drucksache als PDF](#) Bargeld als einziges gesetzliches Zahlungsmittel bewahren und Überwachung der Bürger durch digitales Zentralbankgeld verhindern
- 20/9026 [Drucksache als PDF](#) Angriffe auf Journalisten und statistische Erfassung im Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität -20/8306-
- 20/9027 [Drucksache als PDF](#) Zukunft der deutschen Putenhaltung -20/8816-
- 20/9028 [Drucksache als PDF](#) Milliarden-Investition des chinesischen Batterieherstellers Contemporary Amperex Technology in Thüringen und Umfragewerte der Partei Alternative für Deutschland -20/8839-
- 20/9077 [Drucksache als PDF](#) Nachfrage zu der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Ausgaben der Bundesregierung für Fotografen und Kosmetiker – nachgefragt“ auf Bundestagsdrucksache 20/7988 -20/8884-
- 20/9150 [Drucksache als PDF](#) Globaler Süden und Globaler Norden als Kategorien in der Entwicklungspolitik aufgeben
- 20/9151 [Drucksache als PDF](#) Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen
- 20/9152 [Drucksache als PDF](#) Arbeitsvermittlung reformieren – Echtes Fördern und Fordern in die Praxis umsetzen
- 20/9153 [Drucksache als PDF](#) Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Äthiopien – Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit vom Stopp des Regierungspalast-Bauvorhabens abhängig machen
- 20/9154 [Drucksache als PDF](#) Keine Wasserstoffpolitik für Europa zu Lasten von Menschen und Umwelt in Afrika

- 20/9155 [Drucksache als PDF](#) Für die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung - Betriebsfähige Kernkraftwerke reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen
- 20/9156 [Drucksache als PDF](#) Entwicklungszusammenarbeit für Wertschöpfung mit Afrika
- 20/9030 [Drucksache als PDF](#) Abberufung des Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik Arne Schönbohm durch die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser -20/8767-
- 20/9038 [Drucksache als PDF](#) Internationale Hilfe nach dem verheerenden Hochwasser im Ahrtal -20/8813-
- 20/9103 [Drucksache als PDF](#) Details zu den sogenannten Grünen Gründungen
- 20/9104 [Drucksache als PDF](#) Zuwendungen und Ausgaben des Bundes aus dem Einzelplan 09 im Jahr 2023
- 20/9105 [Drucksache als PDF](#) Einbestellung und Ausweisung von Diplomaten sowie Demonstrationsschäden an diplomatischen Vertretungen
- 20/9115 [Drucksache als PDF](#) Schutz der Bahninfrastruktur
- 20/9116 [Drucksache als PDF](#) Programmierarbeiten zur Änderung der Schnittstellen der Datenflüsse zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Robert Koch-Institut und Paul-Ehrlich-Institut
- 20/9118 [Drucksache als PDF](#) Höhe der Wertvernichtung durch das Scheitern der Auslandsstrategie der Deutschen Bahn AG im Personennahverkehr
- 20/9054 [Drucksache als PDF](#) Potentielle Medienbeeinflussung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz -20/8845-
- 20/9055 [Drucksache als PDF](#) Medikamentenexporte in die Ukraine -20/8642-
- 20/9056 [Drucksache als PDF](#) Mögliches Verbot der Hundeausbildung an der lebenden Ente sowie Verbot der Baujagd mittels Schließenanlagen -20/8805-
- 20/9057 [Drucksache als PDF](#) Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit des Bundesministeriums der Justiz – Wanderausstellung am Supreme Court of the State New York -20/8745-
- 20/9059 [Drucksache als PDF](#) Mögliche fehlerhafte Angaben durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat zu Angriffen auf Asylunterkünfte im ersten Halbjahr 2023 -20/8806-
- 20/9208 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Entschädigungsrechts für zu Unrecht erlittene Haft
- 20/9223 [Drucksache als PDF](#) Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Beschwerdemöglichkeiten gegen strafbare Handlungen von Trägern staatlicher Gewalt und zur Stärkung des Vertrauens in den Rechtsstaat
- 20/9121 [Drucksache als PDF](#) Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die Auswirkungen des bürokratischen Mehraufwandes auf deutsche Unternehmen

- 20/9124 [Drucksache als PDF](#) Geplante Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften
- 20/9127 [Drucksache als PDF](#) Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate im Kontext der stattgefundenen Landtagswahlen 2023
- 20/9130 [Drucksache als PDF](#) Feministische Stadtentwicklungspolitik
- 20/9172 [Drucksache als PDF](#) Statistik zu Angriffen auf Politiker, Parteimitglieder, Parteibüros etc.
- 20/9173 [Drucksache als PDF](#) Eurofighter-Kauf Saudi-Arabiens bei Großbritannien